Behörden Spiegel
newsletter
Rettung. Feuer. Katastrophe.

NeueStadt.org
Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 82 Berlin und Bonn 9. März 2023 ISSN 2699-9749

Broemme meint

Katastrophendemenz?

(BS) Immer wieder stelle ich fest, dass schlimme Ereignisse schnell vergessen und dass Fehler wiederholt werden sowie dass man allenfalls bemüht ist, die Schuldigen zu suchen. Ich habe hierfür den Begriff der Katastrophendemenz geprägt, den man auch in anderen Zusammenhängen nutzen kann: Corona-Demenz, Flüchtlings-Demenz…

Nach einem halben Jahr ist die Hälfte vergessen und nach einem Jahr alles. Muss das so sein? Nein! Fehler können gemacht werden. Sie lassen sich nicht vermeiden. Man muss aber über sie reden. Dann sind wir bei dem Thema Verantwortungs- und Gesprächskultur. Im Zusammenhang mit einem anderen Problem wird dies jedoch kompliziert. Dieses Problem ist die Verantwortungsdiffusion. Das Prinzip ist in der Wirtschaft und in der Verwaltung weit verbreitet und erschwert die Aufarbeitung von Prozessen, um zukünftig Fehler zu vermeiden. Ich stelle jedoch in letzter Zeit fest, dass dieses Problem in der Politik immer mehr aufgegriffen wird. Wir müssen dennoch gemeinsam daran arbeiten, dass wir dieses Übel hinter uns lassen.

Albrecht Broemme
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

DFV und @fire zu Besuch in Kiew

(BS) Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), Karl-Heinz Banse, der Vorsitzende von @fire, Jan Südmersen, und Oliver Rasche, Geschäftsführer von Alpha Robotics, besuchten auf Einladung des Staatlichen Dienstes der Ukraine für Notfallsituationen (DSNS) – der staatlichen Katastrophenschutzstelle in der Ukraine – Kiew und informierten sich über die Auswirkungen der russischen Angriffe auf die Ukraine und auf den ukrainischen Bevölkerungsschutz. Banse kündigte bei dem Besuch weitere Unterstützung an.

Der DFV-Präsident trifft sich in Kürze mit den Präsidenten der Feuerwehrverbände aus Österreich und Polen in Deutschland, um die Bemühungen der Ukraine zum Aufbau einer Freiwilligen Feuerwehr zu unterstützen. "Es war ein beklemmendes Gefühl, es waren zutiefst bewegende Momente", berichtete Banse. "Für die Menschen vor Ort ist es mittlerweile fast Alltag. Es ist mir wichtig, dass wir daran mitarbeiten, die Zukunft für die Bevölkerung in der Ukraine sicherer zu gestalten", so der DFV-Präsident weiter. Die Delegation aus Deutschland nahm zudem an einem Briefing zur Lage mit den DSNS-Führungskräften teil und wurde über die derzeitige Situation informiert.

Hilfe bei Aufbau von Freiwilligen Wehren

"Die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit des ukrainischen Zivil- und Katastrophenschutzes ist sehr beeindruckend", so Südmersen. Der @fire-Vorsitzende wurde stellvertretend für alle @fire-Mitglieder mit einem Orden der Region Kiew ausgezeichnet. Seit Beginn des Krieges unterstützt die Organisation die Feuerwehren in den Regionen Kiew und Tschernobyl mit Fahrzeugen und Ausrüstung. Auch in Zukunft will @fire den DSNS bei lokalen Projekten weiter unterstützen. Seit Kriegsbeginn wurden durch @fire bereits 22 gespendete Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge in die Ukraine überführt. Der DFV beschaffte zudem in den letzten zwölf Monaten über die "Feuerwehrhilfe Ukraine" Ausrüstung und Material im Wert von mehr als einer halben Millionen Euro. "Es geht hier nicht nur um materielle Dinge, wenngleich sie diese für die alltäglichen Rettungsarbeiten brauchen. Die Freundschaft und Unterstützung, die den Einsatzkräften durch deutsche Bemühungen zuteilwird, hat vor Ort eine unglaubliche Wirkung", zeigte sich Banse überzeugt. Die Firma Alpha Robotics spendete direkt nach Kriegsbeginn zwei Löschroboter. Der DSNS betonte, dass die Roboter wichtig seien, um die Gefährdung von Einsatzkräften zu minimieren.

"Seit dem Beginn des russischen Überfalls auf unser Land ist das deutsche Volk mit den Ukrainern in diesem Krieg solidarisch", erklärte General Serhiy Kruk, der oberste Katastrophenschützer der DSNS, im Anschluss.

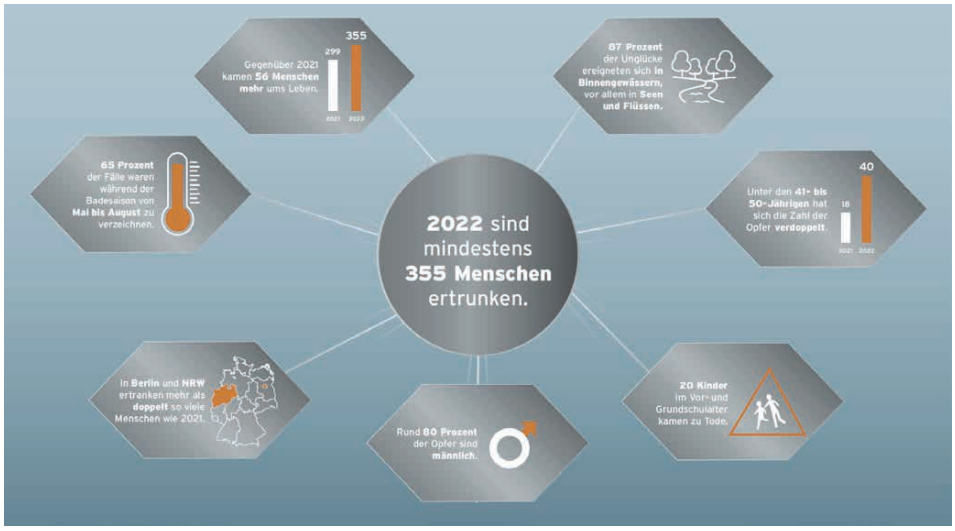
Auf Einladung des ukrainischen Katastrophenschutzes besuchten (v. l. n. r.) DFV-Präsident Karl-Heinz Banse, Alpha-Robotics-Geschäftsführer Oliver Rasche und @fire-Vorsitzender Jan Südmersen die ukrainische Hauptstadt.

Foto: BS/@fire

DLRG: Zunahme von Ertrunkenen

(BS) Erstmals seit vier Jahren ist die Anzahl der ertrunkenen Personen wieder gestiegen. Dies geht aus der Jahresstatistik 2022 der Deutschen-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hervor. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 355 Personen ertrunken.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Todesopfer um 19 Prozent bzw. um 56 Personen gestiegen. Die DLRG-Präsidentin Ute Vogt sieht die Gründe für diesen Anstieg in einem langen und warmen Sommer "ohne nennenswerte coronabedingte Einschränkungen". Dies hätten die Menschen genutzt, um wieder in unbewachten Seen und Flüssen schwimmen zu gehen. Dadurch sei auch das Risiko für Unfälle gestiegen. Auf lange Sicht ist die Zahl der Todesopfer jedoch unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Knapp zwei Drittel der Todesfälle im Wasser verzeichnete die DLRG in der Badesaison von Mai bis Ende August. Unfallschwerpunkten bildeten auch wie in den vergangenen Jahren Binnengewässer. Dort waren 87 Prozent bzw. 308 tödliche Unfälle zu verzeichnen. Der Ertrinkungstod ist nicht auf eine Altersgruppe beschränkt. Gegenüber 2021 sank die Zahl der Opfer, die älter als 50 Jahre waren, von 57 auf 46 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Opfer der 41- bis 50-Jährigen. "Gerade die Kinder und Jugendlichen bereiten uns Sorgen, wenn wir an den kommenden Sommer denken", so Vogt. Nach einer Umfrage habe sich die Zahl der Grundschulkinder, die nicht schwimmen können, seit 2017 von zehn auf 20 Prozent verdoppelt. Zudem bleibt Ertrinken ein männliches Problem. Rund 80 Prozent der Opfer waren männlich.



Grafik: BS/DLRG

Behörden Spiegel
NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

Newsletter "Netzwerk Sicherheit" 6. März:
- Kriminalität auf Vor-Corona-Niveau

Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 6. März:
- Entwicklung der Hyperschall-Fähigkeiten

Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 8. März:
- Digitalkompetenzen für die Schule

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:
- Trans beim Bund

PODCASTS

Podcast "Public Sector Insider" 7. März:
- Gegen den Fachkräftemangel

Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 8. Februar:
- Finanzen und Steuern

Podcast "Voices in Defence" vom 12. Dezember:
- Neuer schwerer Transporthubschrauber

Erprobungsstart des Gemeindenotfallsanitäters

(BS) Im sachsen-anhaltischen Burgenlandkreis wird ab dem Sommer 2023 das Konzept des Gemeindenotfallsanitäters erprobt. Ein entsprechender Zulassungsbescheid wurde nun von der Innenministerin des Landes, Dr. Tamara Zieschang (CDU), übergeben. Der Erprobungszeitraum beträgt zwei Jahre.

Der Gemeindenotfallsanitäter soll künftig bei Notfällen zum Einsatz kommen, bei denen Patientinnen und Patienten einer dringenden medizinischen Versorgung bedürfen, aber ein Transport ins Krankenhaus nicht zwingend notwendig erscheint. Mit der Erprobung will man feststellen, ob dieses Konzept eine Ergänzung zum Rettungsdienst darstellt. Ebenso soll herausgefunden werden, ob sich durch die Gemeindenotfallsanitäter die Hilfsfristen verkürzen und die Notaufnahmen der Krankhäuser entlasten lassen. Die Ausbildung der Gemeindenotfallsanitäter des Burgenlandkreises wird durch den Malteser Hilfsdienst (MHD) erfolgen. Zeitgleich findet eine Erprobung des Konzepts auch im Landkreis Wittenberg statt.

Bevor der Rettungswagen kommt, soll ab Sommer im Burgenlandkreis ein Gemeindenotfallsanitäter die Erstversorgung übernehmen.

Foto: BS/LMoonlight, pixabay.com

"Der Gemeindenotfallsanitäter ist ein innovativer Ansatz, mit dem die Notfallversorgung im Land ergänzt und der Rettungsdienst weiterentwickelt wird. Es freut mich besonders, dass wir das neuartige Konzept zeitgleich mit dem Landkreis Wittenberg auch im Burgenlandkreis einführen können. Für die Unterstützung des Projekts danke ich den Kostenträgern herzlich", erklärte Zieschang.

Götz Ulrich, Landrat des Burgenlandkreises, ergänzte: "Wir haben, wie viele andere Landkreise auch, die Erfahrung gemacht, dass mitunter Menschen unsere Leitstelle anrufen, die sich nicht in einer lebensbedrohlichen Situation befinden. Sie benötigen aber trotzdem medizinische Hilfe. In solchen Fällen einen Rettungswagen zu schicken, blockiert wichtige Kapazitäten für tatsächliche Notfälle. Bislang war die Reaktion darauf, die Zahl der Rettungswagen zu erhöhen – auch um die Rettungsfristen einzuhalten. Mit den Gemeindenotfallsanitätern schlagen wir jetzt einen neuen Weg ein, indem wir die Gesundheitsversorgung sinnvoll ergänzen und in ein zukunftsfähiges System überführen."

Frist für Helfende Hand

(BS) Die Bewerbungsphase für den Förderpreis Helfende Hand 2023 ist gestartet. Mit dem Preis des Bundesinnenministeriums (BMI) werden ehrenamtliche Projekte von im Bevölkerungsschutz tätigen Organisationen und Einzelpersonen sowie Unternehmen für deren Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements ausgezeichnet. Interessierte haben nun bis zum 30. Juni 2023 Zeit, sich unter *www.helfende-hand-foerderpreis.de* zu bewerben.

Es werden Projekte in den Kategorien "Innovative Konzepte", "Unterstützung des Ehrenamtes" und "Nachwuchsarbeit" prämiert. Zudem wird ein Publikumspreis vergeben. Für die Kategorien "Nachwuchsarbeit" und "Innovative Konzepte" werden bis zu 9.000 Euro für die ersten fünf Plätze ausgelobt. Der Preis wird nun zum 15. Mal vergeben.

Ziel des Förderpreises ist es, das ehrenamtliche Engagement zu würdigen sowie den im Bevölkerungsschutz tätigen und ehrenamtlich getragenen Einrichtungen und Organisationen für herausragendes Engagement zu danken und sie zur Fortführung ihrer Arbeit anzuspornen.

M-V: Waldbrandkarten

(BS) Um sich auf die kommende Waldbrandsaison in Mecklenburg-Vorpommern vorzubereiten, hat das Land an die Einsatzkräfte im Rahmen von Schulungen Waldbrandeinsatzkarten verteilt. Das Land nehme mit den Karten nach eigenen Angaben damit eine Führungsrolle in Deutschland ein.

Die Karten werden alle fünf Jahre aktualisiert und von der Forstbehörde des Landes zur Verfügung gestellt. Die Karten enthalten unter anderem Informationen über Infrastruktur, Löschwasserentnahmestellen, Walddaten und Rettungspunkte. "Nicht alle Bundesländer haben eine Waldbrandeinsatzkarte. Daher werden wir unsere Karten beispielgebend zur Verfügung stellen. Auch werden im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit auf unserer Arbeitsgrundlage Empfehlungen für bundeseinheitliche Standards für Waldbrandeinsatzkarten erarbeitet", erklärte dazu Forstminister des Landes, Dr. Till Backhaus (SPD).

Austragungsort der FCC

(BS) Die Stadt Bremerhaven ist zum zweiten Mal Austragungsort der Firefighter Combat Challenge. Das Ereignis findet vom 13. bis zum 14. Mai 2023 im Schaufenster Fischereihafen statt. Am 14. Mai finden zusätzlich die regionalen Wettbewerbe statt. Hierfür können sich Staffeln aus den Freiwilligen Feuerwehren der Landkreise Cuxhaven, Osterholz und Wesermarsch sowie der Städte Bremerhaven und Cuxhaven anmelden.

Anmeldungen sind unter www.feuerwehr.bremerhaven.de/FCC möglich. Veranstalter ist der Förderverein Freunde und Förderer der Feuerwehr Bremerhaven und die Firefighter Sport Events UG. Die Veranstaltung wird durch die Feuerwehr Bremerhaven unterstützt. Die Sportgemeinschaft der Feuerwehr Bremerhaven "Fishtown Fighters" unterstützt neben der eigenen Teilnahme bei der Organisation. Bereits 2018 hatte die Firefighter Combat Challenge in Bremerhaven stattgefunden.

Grundausbildung bei der Branddirektion Leipzig

(BS) Die im Jahr 2021 begonnene Grundausbildung für die Berufsfeuerwehr wird zum 1. März bei der Branddirektion Leipzig fortgeführt. Einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) und Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD).

Ziel ist es, die massiven Personalbedarfe in den kommenden Jahren auszugleichen und die personellen Herausforderungen des neu aufgestellten Brandschutzbedarfsplans zu erfüllen. Minister Schuster erklärte: "Um den erhöhten Ausbildungsbedarf zu decken, haben wir gemeinsam mit der Stadt Leipzig eine praktikable Übergangslösung gefunden. Die Kooperation ermöglicht in enger Abstimmung mit der Landesfeuerwehrschule eine qualitativ hochwertige Grundausbildung für angehende Berufsfeuerwehrleute am eigenen Standort." Das Format habe sich bewährt und die Verlängerung der Vereinbarung stelle bis zum Ausbau der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule die Ausbildung sicher.

Oberbürgermeister Jung ergänzte: "Wir benötigen in den nächsten Jahren dringend neue Feuerwehrbeamte in Sachsen, aber auch für die Stadt Leipzig. Mit der Grundausbildung in Leipzig sorgen wir für personellen Nachwuchs und unsere Sicherheit." Der Vorbereitungsdienst wird für Anwärterinnen und Anwärter der Berufsfeuerwehr der Stadt Leipzig sowie potenzielle hauptberufliche Angehörige der Werkfeuerwehr des Flughafens Leipzig/Halle durchgeführt. Im Jahr 2023/2024 ist jeweils eine Aufteilung in 20 interne und vier externe Auszubildende vorgesehen. Durch die Übernahme der Ausbildung werden an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Seminarplätze für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren frei.

In Leipzig wird die feuerwehrtechnische Grundausbildung fortgeführt.

Foto: BS/Taken, pixabay.com

iconos®

Ihr Spezialist bei der Waldbrandbekämpfung

iconos® Kreisregner B

✓ Fläche nasshalten ohne Personaleinsatz
✓ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
✓ Geringer Wasserverbrauch
✓ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH
Tel.: 0203-74 14 69
info@iconos-system.com
www.iconos-system.com

Kommentar: Mehr investieren

(BS) Der Katastrophenschutz in Berlin muss dringend verbessert werden. Dafür braucht es erhebliche Investitionen. Die Politik muss diese schnellstmöglich bereitstellen. Denn Billig-Garagen in den Außenbezirken, in denen sich Fahrzeuge und Ausrüstung befinden, sind dem Katastrophenschutz in einer Bundeshauptstadt unwürdig.

Die Katastrophenschutzeinheiten der Hilfsorganisationen bestehen weit überwiegend aus ehrenamtlichen Helfenden. Es ist sowohl im Interesse eines effektiven Katastrophenschutzes als auch der Ehrenamtlichen, wenn Fahrzeuge und Ausrüstung an Standorten untergebracht wären, die gut erreichbar sind und wo sich die Helfenden auch zu Besprechungen und Übungen treffen können. Hierfür braucht es unbedingt eine höhere Standortpauschale. Im vergangenen Jahr betrug diese seitens des Bundes – mit Ausnahme der Brandschutzfahrzeuge – gerade einmal 3,81 Euro je Quadratmeter

Was muss passieren, damit der Berliner Katastrophenschutz leistungsfähig bleibt? Behörden Spiegel-Redakteur Marco Feldmann kommentiert.

Foto: BS/ Ralf Ruppert, pixabay.com

und pro Fahrzeug. Für dieses Jahr ist der exakte Betrag noch in der Abstimmung.

Damit allein ist es aber nicht getan. Auch bei den allgemeinen Strukturen der Gefahrenabwehr Berlins braucht es Veränderungen. Denn sie sind momentan noch zu sehr auf den Erstangriff beziehungsweise das Tagesgeschäft fokussiert. Es existiert keine Einsatzreserve. Das zeigt sich an dem zeitweise fast täglich ausgerufenen Ausnahmezustand Rettungsdienst. Zudem fehlt es an Redundanzen. Das sind Ressourcen, die auch noch nach einem ersten, möglicherweise verheerenden, Terroranschlag zur Verfügung stehen.

Das geplante Landesamt für Katastrophenschutz, auch wenn es sich dabei noch nur um einen Arbeitstitel handelt, ist ein erster richtiger Schritt und ein "window of opportunity". Denn hier können Ressourcen und Expertise gebündelt werden. Ohne weitere strukturelle Anpassungen und vor allem ohne deutlich mehr Finanzmittel für den Katastrophenschutz geht es aber nicht mehr. Die Zeiten der Friedensdividende sind endgültig vorbei. Das hat nicht erst der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt.

Marco Feldmann

Tag des Bevölkerungsschutzes in Planung

(BS) Am 24. Juni soll erstmals der Tag des Bevölkerungsschutzes in Potsdam stattfinden. Dazu haben der Bund und das Land Brandenburg nun in Person von Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler, und von Brandenburgs Innenstaatssekretär Dr. Markus Grünewald eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

BBK-Präsident Ralph Tiesler (links) und Staatssekretär Dr. Markus Grünwald (CDU) haben für den ersten Bevölkerungsschutztag eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Foto: BS/MIK Brandenburg

An diesem Tag können sich dann interessierte Bürgerinnen und Bürger in der brandenburgischen Landeshauptstadt über "die gesamte Palette des Bevölkerungsschutzes sowie des Brand- und Katastrophenschutzes" informieren und auch selbst aktiv werden. Es sind verschiedene Informationsstände und Aktionsflächen rund um den Lustgarten, am Alten Markt und auf der Freundschaftsinsel in Potsdam geplant. Neben dem BBK werden an dem Tag Feuerwehr, Technisches Hilfswerk (THW), Hilfsorganisationen, Bundespolizei, Bundeswehr sowie weitere Einrichtungen und Organisationen teilnehmen. Der Tag des Bevölkerungsschutzes soll ab 2024 dann jährlich bundesweit von Bund und Ländern gemeinsam ausgerichtet werden.

"Der Tag des Bevölkerungsschutzes von Bund und Ländern in Potsdam ist eine Premiere. Im Mittelpunkt stehen die Bürgerinnen und Bürger. Es geht um ihren Schutz und sie in ihren Fähigkeiten zu stärken, sich in Notlagen selbst helfen zu können, bis Hilfe kommt. Dafür arbeiten nicht nur am Tag des Bevölkerungsschutzes die Einsatzkräfte von Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen Hand in Hand", unterstrich Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Juliane Seifert (SPD). BBK-Präsident Tiesler erklärte außerdem: "Der Dialog mit der Bevölkerung ist uns besonders wichtig, denn nur so kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz aufgebaut werden. Dafür wollen und müssen wir mit den Menschen ins Gespräch kommen, denn Bevölkerungsschutz ist eine Aufgabe, bei der alle Akteure miteinander in einer Sicherheitspartnerschaft arbeiten: Bund, Länder, Hilfsorganisationen und auch die Bevölkerung selbst."

"Unser Ziel ist es, die Menschen zu informieren und ihnen wichtige Kenntnisse für Notfälle und Krisen zu vermitteln. Außerdem können die Akteure im Bevölkerungsschutz aktiv um Nachwuchs werben. Ich danke dem Bund für seine tatkräftige Unterstützung", erläuterte Innenstaatssekretär Dr. Markus Grünewald (CDU) die Zielsetzung.

Warnkanal: "Smarte Laterne" erfolgreich

(BS) Nachdem der Warnkanal Cell Broadcast in den Wirkbetrieb gegangen ist, wurden in der Stadt Kaiserslautern im Rahmen eines Pilotprojekts "Smarte Laternen" als weiterer Warnkanal erfolgreich getestet.

Bei diesen Laternen handelt es sich tatsächlich um Lichtquellen, die aber auch zusätzlich mit Warntechnik ausgerüstet sind. Nach dem Abschlussbericht, der in Zusammenarbeit des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und der Stadt Kaiserslautern vorgestellt wurde, heißt es, dass diese Laternen von der Bevölkerung gut angenommen würden. Es wurde sich noch gewünscht, u. a. auch eine Ausgabe einer konkreten Handlungsempfehlung zu implementieren.

Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) sagte dazu: "Das Pilotprojekt hat gezeigt, dass die ‚Smarten Laternen' vor allem für kleinräumige Warnungen sehr gut geeignet sind. Insbesondere in den Innenstadtbereichen können sie den Warnmittelmix so perspektivisch ergänzen. Aus dem Abschlussbericht geht hervor, dass ‚Smarte Laternen' sehr gut von der Bevölkerung angenommen werden, auch wenn es selbstverständlich noch die ein oder andere Stellschraube und Überlegungen für weitere Verbesserungen gibt."

Das Pilotprojekt wurde von der Berufsfeuerwehr Kaiserslautern angestoßen und in das beim BBK angesiedelte Bund-Länder-Projekt "Warnung der Bevölkerung" aufgenommen. Nun werde laut Ebling geprüft, wann die Laternen in den Wirkbetrieb gehen und an das Modulare Warnsystem (MoWaS) angebunden werden könnten.

Weiterer Schritt in Richtung Stärkung

Erst Ende Februar ging der Warnkanal Cell Broadcast in den Wirkbetrieb. Laut dem BBK können nun alle Lagezentren der Bundesländer eine Warnung über Cell Broadcast zusätzlich zu den bereits existierenden Warnmitteln auslösen. Damit sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes erreicht. Am zweiten bundesweiten Warntag im vergangenen Jahr wurde erstmals Cell Broadcast als weiterer Warnkanal getestet. Bei Cell Broadcast wird eine Nachricht direkt an die Handys all jener Menschen geschickt, die sich in den zu warnenden Funkzellen befinden. Hierfür muss die Telefonnummer des Empfängers nicht bekannt sein. Es handelt sich um eine Push-Nachricht, die von allen in diesem Bereich vorhandenen Mobiltelefonen empfangen werden kann.

Leuchtet und warnt: eine "Smarte Laterne" in Kaiserslautern

Foto: BS/BBK

Internationale Fachtagung

Wenn wir auf dem rechten Auge blind sind ...

Extremismus in der Gesellschaft, der Polizei und öffentlichen Einrichtungen

28. bis 30. März 2023 (Di.-Do.)
Thomas-Morus-Akademie/
Kardinal Schulte Haus, Bensberg

Foto: stock.adobe.com, John

Behörden Spiegel STIFTUNG

THOMAS MORUS AKADEMIE Bensberg

Die Lücke überwinden

(BS) "Es gibt viele Forschungsprojekte, aber momentan gibt es einfach einen Gap zwischen Forschung und Realität", sagt Christopher Marc Munschauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr (IRG) der TH Köln, über Innovationen im Bereich der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr. Doch woran liegt das? Und wie kann diese Lücke überwunden werden?

Immer an die Lücke denken! Aber diese Lücke zwischen Forschung und Anwendung gilt es zu überschreiten. *Foto: BS/Greg Plominski, pixabay.com*

Technisch gesehen sei der öffentliche Raum meistens viel weiter als die Gefahrenabwehr. In der Gefahrenabwehr müsse man immer schauen, dass die neuen Anwendungen immer sicher seien und Redundanzen hätte, so Munschauer, der mit Kolleginnen und Kollegen an der TH Köln mit dem Guardian-Projekt eine teilautomatisierte Drohne entwickelt. Zeitgleich träfe im Einsatz dann neue Technik auf alte Einsatzabläufe. Konkret berichtet Munschauer von seinem Einsatz als ehrenamtliche Kraft des Technischen Hilfswerks (THW) während der Flutkatastrophe 2021, dass noch mit dem Vierfach-Ausdruck gearbeitet worden sei. Zeitgleich seien Informationen per E-Mail reingekommen. Dabei ist technische Innovation im Bereich der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr gefragt wie nie. Neben dem vermehrten Auftreten von Naturkatastrophen im Zuge des Klimawandels und der neuen geopolitischen Situation treibt Daniel Siegl, zuständig für Strategie und Innovation beim Leitungsstab des THW, der demografische Wandel um. Als vor allem ehrenamtlich getragene Organisation müsse man schauen, dass man leistungsfähig bleibe. Dem kann sich Karsten Göwecke, Vorsitzender des Referats 6 (Fahrzeuge und Technische Hilfeleistung), Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), anschließen: "Wir haben im Moment eine dramatische Zunahme der Szenarien." Gleichzeitig müssten die Kräfte handlungsfähig bleiben. Vor allem die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine müsse optimiert werden, um den Verlust an Kräften ausgleichen zu können.

Während die Notwendigkeit von keinem Beteiligten bestritten wird, stellt sich die Frage, woran die Umsetzung hapert. Siegl sieht gerade die Übersetzung vom Prototyp in den Einsatz als schwierig an. "Es treffen zwei Denkwelten aufeinander", so Siegl. Auf der einen Seite habe man das Ökosystem der Forschung und die Forschungsförderung. Je nach Level entwickele man so lange, bis man einen Demonstrator oder Prototyp habe. Dann komme die Frage, wie man das in die Praxis überführe. Dann sei man aber in einem ganz anderen Ökosystem bzw. in einem anderen Denksystem. In diesem Denksystem stünden jedoch die Beschaffung und die Überführung in eine Linienproduktion im Vordergrund. "Diese beiden Logiken werden bislang nicht zusammengedacht", so Siegl. Dies sei weder die Schuld der einen noch der anderen Seite. Nur müsse man in Zukunft diese beiden Welten von Anfang an zusammendenken. Um diese Welten zusammenzuführen, bieten sich Werkzeuge wie Innovationspartnerschaften oder Pre-Commercial Procurement (PCP) an. Unter PCP versteht man eine vorkommerzielle Auftragsvergabe für Forschungsleistungen durch die öffentliche Hand. Des Weiteren macht sich Siegl bei der Entwicklung von neuen Lösungen dafür stark, Scheitern zuzulassen und eine andere Fehlerkultur zu leben.

Die Diskussionsrunde findet sich in der Mediathek von NeueStadt.org hier.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel
Altersgerecht Wohnen
Schon heute an Morgen denken
15.3.2023, 14.00 – 15.30 Uhr
Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Mehr Referatsstellen in S-H

Im schleswig-holsteinischen Innenministerium werden mehr Stellen für das Referat für Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz geschaffen.

Foto: BS/Biskup-Klawon

(BS) Das Innenministerium in Kiel erhält aufgrund der Nachschiebeliste für den Haushaltsentwurf der Landesregierung, die das dortige Kabinett beschlossen hat, mehr Stellen für das Referat für Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz. Zu den bereits vorgesehenen vier Stellen kommen elf weitere hinzu.

Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) erklärte in diesem Zusammenhang: "Ich freue mich sehr, dass wir damit insgesamt 15 Stellen für das Feuerwehrwesen und den Katastrophenschutz im Innenministerium erhalten sollen. Wir sind dabei, diesen Bereich komplett neu aufzustellen und aufzuwerten. Die Planungen laufen derzeit."

Zudem wurde beschlossen, dass insgesamt zehn Millionen Euro für Feuerwehrhäuser zur Verfügung stehen. Die dafür notwendige Förderrichtlinie werde vom Innenministerium aktuell in enger Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden erarbeitet. Sicher sei aber, dass die Mittel nicht zwingend in diesem Jahr abgerufen werden müssten. Außerdem stehen in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel in Höhe von 700.000 Euro pro Jahr zur Wasserrettung zur Verfügung. "Dieses Geld steht beispielsweise für die Ausstattung mit Booten, Zugfahrzeugen und mit der persönlichen Ausstattung der Einsatzkräfte damit langfristig bereit", so Sütterlin-Waack.

Zweiter Standort des BABZ kommt

(BS) Bei einem Besuch in Stralsund informierten sich der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler, und der Leiter der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ), Thomas Mitschke, über den aktuellen Planungstand des zweiten Akademiestandorts. Dabei betonte Tiesler, dass es weiterhin erklärter politischer Wille sei, den zweiten Standort aufzubauen. Es sei dringend erforderlich, die Aus- und Fortbildungskapazitäten im Krisenmanagement zu erweitern.

Der zweite Standort sollte nach damaligen Plänen aus dem Jahr 2021 von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) eigentlich schon seinen Betrieb aufnehmen. Bisher ist Medienberichten zufolge aber noch nicht viel an der Ostsee passiert.

DIGITALER STAAT ONLINE

EXPERTISE.

MÄRZ / APRIL

Modernes Rechenzentrum – Der Schlüssel zu mehr Nachhaltigkeit ist Softwaresteuerung

Freitag, 31. März 2023, 10:30 – 12:00 Uhr

Johannes Sturm
Cloud Economist Central Europe, Nutanix

Frank Gramüller-Heinz
Vertriebsleiter Public & Healthcare Central Europe, Nutanix

Maximale Sichtbarkeit, Optimierung des Security Stacks und Abwehr von Zero-Day Angriffen

Donnerstag, 13. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr

Ingmar Schraub
Enterprise Solutions Architect Public Sector, Infoblox

Markus Eickhoff
Enterprise Account Manager Public Sector, Infoblox

Agil, flexibel... sicher? Wie Behörden ihre IT-Infrastruktur cybersicher transformieren

Freitag, 14. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr

Steffen Ullrich
IT-Sicherheitsexperte, genua GmbH

Carsten Arzig,
Pentester und Ethical Hacker, genua GmbH

Daniel Herzinger
Presales Consultant, genua

Erhöhte Bedrohungslage fordert ganzheitliche Konzepte
Zero Trust mit passenden Lösungen

Dienstag, 18. April 2023, 10:30 – 12:00 Uhr

Bernd Nüßlein
Director Key Account Management, NCP

Stephanie Döhler
Product Manager, NCP

www.digitaler-staat.online

Mortalität im Straßenverkehr geringer als 2019

(BS) Im Jahr 2022 gab es weniger Unfälle und weniger Verkehrstote auf den Straßen Nordrhein-Westfalens als im Vor-Pandemie-Jahr 2019. Allerdings verunglückten mehr ältere Fahrerinnen und Fahrer mit dem Pedelec. Zudem kamen im vergangenen Jahr erstmals drei Menschen bei der Fahrt mit einem E-Scooter ums Leben.

Landesweit kam es zu insgesamt rund 610.000 Verkehrsunfällen. Im Vergleich zum Jahr 2019 entspricht dies einem Minus von 9,5 Prozent. 451 Menschen kamen 2022 bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Fast 12.500 Menschen erlitten schwere Verletzungen. Das sind etwa 1.000 weniger Schwerverletzte als noch 2019.

Allerdings zählte die Polizei mehr Fahrten unter Einfluss von Alkohol und Drogen. In rund 3.300 der registrierten Unfälle mit Personenschaden hatten die Fahrerin oder der Fahrer zuvor Alkohol konsumiert. Zum Vorjahr ist das ein Anstieg um 28 Prozent. 29 Menschen sind hierbei ums Leben gekommen. Die Polizei vermeldet 637 Unfälle mit Personenschaden, welche durch die Einnahme berauschender Mittel verursacht wurden.

Innenminister Herbert Reul (CDU) macht drei Problemfelder aus, in denen er dringenden Handlungsbedarf sieht: Pedelecs, E-Scooter und illegale Autorennen.

Denn bei den Unfällen mit E-Scootern ist ein erneuter Anstieg zu verzeichnen. 2022 verunglückten etwa 1.800 E-Scooter-Fahrer. Zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von etwa 700. 2022 starben in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal Menschen bei der Fahrt mit einem elektrisierten Tretroller. Drei Menschen verunglückten tödlich. Häufig ereignen sich derartige Unfälle in der Nachtzeit. In jedem vierten Fall ist Alkohol die Hauptunfallursache. Auch bei den verunglückten Pedelec-Fahrerinnen und Fahrern setzt sich der negative Trend aus dem vergangenen Jahr fort. Das nordrhein-westfälische Innenministerium führt diese Tatsache auf steigende Nutzungszahlen zurück. 2022 verunglückten insgesamt 6.700 Menschen mit dem Pedelec. 2021 waren es noch 4.700. 48 Menschen kamen bei einem dieser Unfälle ums Leben. Hiervon waren fast Zweidrittel über 65 Jahre alt. Die Hälfte hatte sogar das 75. Lebensjahr überschritten. Innenminister Reul verweist deshalb auf die Simulatoren und Präventionsprogramme vieler Kreispolizeibehörden. Vor allem älteren Bürgerinnen und Bürgern würde hier das Handwerkszeug vermittelt, um sicher mit dem elektrifizierten Fahrrad durch den Straßenverkehr zu manövrieren.

Zum dritten Problemfall erklärte Herbert Reul illegale Autorennen. 2022 brachte die Polizei rund 2.000 zur Anzeige.

Einsatzrekord für die ADAC Luftrettung

(BS) Mit 55.675 Einsätzen verzeichnet die ADAC Luftrettung ein Plus von fast sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies entspricht im Schnitt 153 Einsätze am Tag. Im vergangenen Jahr rückten die Luftretter 52.234-mal aus. Wie auch im Vorjahr spielte sich die Mehrzahl der Einsätze (13.423) im bayerischen Luftraum ab. Dies liegt auch darin begründet, dass der Freistaat über die meisten Stationen verfügt. Dahinter folgten Rheinland-Pfalz mit 9.313 Einsätzen, Nordrhein-Westfalen mit 6.503 Einsätzen und Niedersachsen mit 5.903 Einsätzen.

Unfälle bilden Schwerpunkt

Die Notfallrettenden stiegen insbesondere nach Unfällen in die Lüfte. Dahinter folgten Notfälle des Herz-Kreislaufsystems. In diese Kategorie fallen zum Beispiel Herzinfarkte oder Herzrhythmusstörungen. Seltener rückten die Einsatzkräfte zu neurologischen Notfällen oder bei Atembeschwerden aus. Bei etwa jedem zehnten Patienten handelte es sich um ein Kind oder um eine Jugendliche bzw. einen Jugendlichen. Auch im Jahr 2022 nahm die Bedeutung der Windenrettung zu. Gleichfalls kam es zu mehr Einsätzen bei Dunkelheit. Um diese zu bewältigen, griffen die Pilotinnen und Piloten auf Nachtsichtgeräte zurück.

WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

20.03.2023 09:00 – 16:30 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:
Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Florian Gebauer, AFTAF GmbH

Weitere Informationen und Anmeldung unter: **www.fuehrungskraefte-forum.de;** Suchwort „Feuerwehr“

Impressum
Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ghazaleh Hesami, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Scarlett Lüsser. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin), Nina Parisi (Bonn); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch.
Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von “Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe”. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (“Links”), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.